2 - A20 Gegen die Abschaffung des Fachs Sozialwissenschaften in NRW

Antragsteller*in: Stadtbezirk Ehrenfeld, Juso Hochschulgruppe der Uni Köln
Tagesordnungspunkt: Angenommene Anträge

Weiterleitung an: JUBV, UBV der KölnSPD

Antragstext

Die Jusos Köln sprechen sich gegen den Entwurf zur Änderung der Landeslehramtszugangsverordnung der Landesregierung NRW aus, welcher durch Änderung der Ausbildung einen weiteren Schritt zur Abschaffung des Schulfaches „Sozialwissenschaften“ hin zu „Wirtschaft/Politik“ vorsieht.

Bereits erfolgte Schritte wie z. B. die Einführung des neuen Faches mit Beginn des Schuljahres 2019/20 in der Sekundarstufe I lehnen wir ebenfalls ab und fordern eine Rückänderung.

Die Jusos Köln betrachten es als notwendig, dass die Bereiche Wirtschaft, Politik und Soziologie nur zusammen gedacht werden können. Die bereits erfolgte und weiter geplante Schwächung des Fachbereichs Soziologie verwehrt einen vollumfänglichen, kritischen Blick auf die Gesellschaft. Diesen verstehen wir jedoch als einen nicht zu ersetzenden Bestandteil des Lehrplans.

Darüber hinaus solidarisieren wir uns mit den bereits ausgebildeten Lehrer*innen und aktuellen Studierenden der Sozialwissenschaften.
Weiterhin fordern wir die KölnSPD auf, sich zu positionieren und gegen diese Reform auszusprechen.

Begründung

Die schwarz-gelbe Landesregierung in NRW möchte das Studien- und Unterrichtsfach „Sozialwissenschaften“ mit dem Fach „Wirtschaft/Politik“ ersetzen. Diese Reform bringt weitreichende Folgen und Unsicherheiten mit sich. Während bisher das Unterrichtsfach „Sozialwissenschaften” die Disziplinen Politik, Ökonomie und Soziologie vereinte, ist **im neuen Unterrichtsfach „Wirtschaft/Politik” keine Vermittlung soziologischer Kompetenzen** vorgesehen.

Unsere gesellschaftlichen Probleme sind komplex, daher ist die zentrale Leitidee der Sozialwissenschaften, sich interdisziplinär mit gesellschaftlichen Herausforderungen und Problemen auseinanderzusetzen, sie zu deuten und Maßnahmen zu ergreifen, in der Schulbildung von großer Bedeutung.

Erfreulicherweise gewinnen politische Bewegungen, gerade bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen, in den letzten Jahren wieder an Bedeutung. Die Reaktion unserer Landesregierung ist jedoch keine andere, als die politische sowie die demokratische Bildung von Schüler*innen einzuschränken. Das ist skandalös. Stattdessen wird auf eine **zunehmende Ökonomisierung der Schulen und Hochschulen** gesetzt, die uns in dieser Form bei zentralen sozialen und gesellschaftlichen Fragen nicht weiterbringt.

Inhaltlich schließen wir uns auch der Kritik der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW NRW) an:

„**Kinder müssen lernen, sich in komplexen gesellschaftlichen Situationen zu orientieren** und entsprechend handeln zu können. Wer meint, dieses Bildungsziel durch ein neues Studien- und Unterrichtsfach “Wirtschaft/Politik” ersetzen zu können, hat nicht verstanden, was genuin sozialwissenschaftliche Bildung ausmacht.

Politische Bildung an Schulen stärken, nicht abschaffen! Anstatt sich um eine bessere politische Bildung an den Schulen zu bemühen – hier ist seit Jahren der höchste Unterrichtsausfall und die höchste fachfremde Unterrichtsversorgung zu beklagen –, setzt das von der FDP geführte Schulministerium auf die weitere Schwächung der in der nordrhein-westfälischen Verfassung verankerten Verpflichtung, an Schulen politische Bildung anzubieten.“

Zudem sind viele **Lehramtsstudierende und Lehrer*innen des Fachs Sozialwissenschaften durch diese Reform verunsichert,** da es noch unklar ist, welche langfristigen Probleme dadurch in ihrem Arbeitsalltag entstehen. Auch wenn die Landesregierung beteuert, eine Zusatzqualifikation für bereits ausgebildete Lehrer*innen bzw. Lehramtsstudent*innen sei nicht nötig, ist die Unsicherheit bezüglich des neuen Unterrichtsfach weiterhin groß.